

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: (0228) 9 1520-12 (Redaktion)
9 1520-15



Inhalt

Dietmar Schütz MdB kritisiert die Bonner Blockade einer bürgerfreundlichen EG-Richtlinie: Zugang zu Umweltinformationen freizügig gestalten.

Seite 1

Dieter Schanz MdB fordert die Bundesregierung auf, ihr Verhältnis zur Vietnam zu normalisieren: Den Ankündigungen müssen endlich Taten folgen.

Seite 2

Dr. Klaus Kübler MdB kommentiert aus Anlaß des 45. Jahrestages der Gründung der Republik Indien die Beziehungen zu diesem Staat: Den demokratischen Weg Neuhdelhis unterstützen.

Seite 3

Dokumentation

Die SPD-Projektgruppe "Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt" hat 13 Thesen erarbeitet. Wortlaut

Seite 4

49. Jahrgang / 20

28. Januar 1994

Zugang zu Umweltinformationen freizügig gestalten Bonn blockiert eine bürgerfreundliche EG-Richtlinie

Von Dietmar Schütz MdB

Am 7. Juni 1990 wurde vom Rat der Europäischen Gemeinschaft die Richtlinie 90/313/EWG über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt verabschiedet.

Ihre Ziele sind eindeutig:

- Verbesserung des Umweltschutzes durch eine transparentere Umweltverwaltung und eine verstärkte Bürgerbeteiligung;
- Schaffung gleicher (Wettbewerbs-)Bedingungen durch eine Vereinheitlichung des Informationszugangs in der Europäischen Union.

Diese Umweltinformationsrichtlinie mit dem in ihr definierten verfahrenunabhängigen "Jedermann-Datenzugangsrecht" bedeutet eine echte Innovation im deutschen Recht.

Sie ist zweifelstfrei ein wichtiger Schritt zu mehr Öffentlichkeit und Transparenz im sensiblen Bereich der Bürgerbeteiligung und Informationsfreiheit.

Spätestens zum 31. Dezember 1992 hätte die Richtlinie in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Schon mehr als ein Jahr lang ist die Bundesregierung dies schuldig geblieben. Anstelle eines bundesweit einheitlichen Umweltinformationsgesetzes begnügte sich das Umweltministerium Anfang 1993 damit, die Länder über die Wirksamkeit der Richtlinie zu informieren. Obwohl eine national einheitliche Regelung noch immer fehlt, kann sich jedoch schon heute jeder unter Berufung auf die EG-Richtlinie Zugang zu Umweltinformationen verschaffen.

Im November letzten Jahres hat sie dem Bundesrat endlich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, zu dem dieser im Dezember Stellung genommen hat. Die Rückäußerung der Bundesregierung dazu steht aus - auf die Einbringung des Entwurfs in den Bundestag warten wir weiterhin.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Fremdlicher Einsatz
nur wenn im Einzelfall
Recycling-Papier



Der dem Bundesrat vorgelegte Regierungsentwurf eines Umweltinformationsgesetzes fällt deutlich hinter die Vorgaben der EG-Richtlinie zurück und legt die durch sie gebotenen Möglichkeiten sehr restriktiv aus. Zugespitzt gesagt: bei den langwierigen Abstimmungen der Ressorts ist letztlich weniger ein Gesetz über den freien Zugang zu Umweltinformationen als ein Gesetz zur Beschränkung eben dieses von der EG mit Zustimmung der Bundesregierung beschlossenen freien Zugangs herausgekommen.

Von einem wirklichen Akteneinsichtsrecht kann - außer in den bereits vorhandenen Verfahrensgesetzen - nicht gesprochen werden. Stattdessen werden die in der EG-Richtlinie eher eng gefaßten Ausnahmeregelungen stark erweitert und insbesondere der Stellenwert des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen vordergründig als Hemmschuh aufgebaut.

Es ist völlig unstrittig, daß Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, ebenso wie persönliche Daten, zu schützen sind. Sie dürfen jedoch nicht als Blockadeinstrumente zur Verweigerung von Auskünften - etwa zu Emissionen in Wasser und Luft - mißbraucht werden, wie dies der vorliegende Entwurf mangels der Vorgabe geeigneter Abwägungskriterien sehr wohl ermöglicht.

Die Praxis des allgemeinen Informationszuganges etwa in den USA, Kanada, Dänemark und Schweden belegt, daß der freie Zugang zu Umweltinformationen weder die Verwaltungen überfordert - geschweige denn blockiert - noch in wettbewerbsschädigender Weise Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse offenlegt. Der freie Zugang zu Umweltinformationen ist kein Hemmschuh für die Verwaltung. Im Gegenteil: Eine stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit und größere Transparenz von Verfahrensabläufen kann zu einer größeren Akzeptanz von Entscheidungen führen.

Der Entwurf der Bundesregierung bleibt hinter den Möglichkeiten der EG-Richtlinie zurück und entspricht nicht dem Auftrag, der mit ihr an die Mitgliedsstaaten der EU gerichtet wurde: Einen allgemeinen, freien Zugang zu umweltrelevanten Informationen zu schaffen. Die SPD-Fraktion wird für eine volle Umsetzung der EG-Richtlinie eintreten und mit Nachdruck auf eine bundesweit einheitlichen Regelung hinarbeiten, die den Erfordernissen einer aktiven Bürgerbeteiligung und freiem Informationszugang zum wirksamen Schutz von Mensch und Umwelt entspricht.

(-/28. Januar 1994/rs/ks)

Den Ankündigungen müssen endlich Taten folgen

Bonn hat "Nachholbedarf" im Verhältnis zu Vietnam

Von Dieter Schanz MdB

Asienexperte der SPD-Bundestagsfraktion

Asien ist in aller Munde als der Zukunftsmarkt für die deutsche Wirtschaft, geschwärmt wird von ungeahnten wirtschaftlichen Expansionsmöglichkeiten, Politikardelegationen geben sich bei ihren Besuchen in den asiatischen Staaten beinahe die Türklinken in die Hand. Vietnam ist auch ein solcher Staat. Auch Bundesaußenminister Kinkel hat dort große Ankündigungen für eine Zusammenarbeit gemacht.

In den Zeitungen ist zu lesen, daß die USA nach nunmehr 17 Jahren ihr Handelsembargo, wenn auch nicht aufgehoben, so doch gelockert haben und sich fast schon ein kleiner Boom bei der Aufnahme von wirtschaftlichen Beziehungen abzuzeichnen beginnt.

Wenn es den USA gelingt, ein altes politisches Trauma zu überwinden und über die Lockerung des Embargos, die Strategie Clintons hin zu einer Normalisierung der Politik zwischen Vietnam und USA zu realisieren, so muß dies für die Bundesrepublik mit einem politisch unbelastetem Verhältnis zu Vietnam doch erst recht möglich sein.

Die Bundesrepublik muß weg von der Ankündigungspolitik hin zur konkreten Ausgestaltung der Zusammenarbeit. Mittelständische Unternehmen stehen in den Startlöchern, haben beste Ideen und gute Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit Vietnam. Vietnam hat ebenso die zur Zeit bestmöglichen Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Kooperation geschaffen.

Sollen diese Chancen vergeben werden, sollen wieder einmal die deutschen Unternehmen wegen Scheinhindernissen wie die vielbemühte Altschuldenproblematik oder Hermes-Fragen auf der Strecke bleiben? Dabei wurden Fragen wie Altforderungen Vietnams gegenüber der Bundesrepublik (alte FZ-Zusagen von 89 Millionen DM) noch gar nicht in die Betrachtung mit einbezogen.

Ich denke, daß bisher Dinge, die getrennt zu regeln sind, unnötig miteinander verquickt werden und insgesamt eine positive Entwicklung zwischen Vietnam und der Bundesrepublik behindern. Neben der außenpolitischen Installation von politisch befördernden Rahmenbedingungen ist auch eine tatkräftige, konstruktive Unterstützung seitens des Bundesminister für Wirtschaft und für Finanzen erforderlich.

Die Herren Minister Kinkel, Rexrodt und Waigel haben hier noch einen erheblichen Nachholbedarf und müssen sich, wollen sie nicht den insgesamt guten Ansatz einer intensiveren Politikorientierung nach Asien im Sande verlaufen lassen, auf eine gemeinsame, aufeinander abgestimmte Politik verständigen.

(-/28. Januar 1994/rs/ks)

Den demokratischen Weg Neu-Delhis unterstützen **Überlegungen zum 45. Jahrestag der Gründung der Republik Indien**

Von Dr. Klaus Kübler MdB

In Asien verschieben sich die Gewichte. Europäische Staaten, insbesondere Deutschland und Frankreich, setzen in ihrer Außen- und Wirtschaftspolitik neue Akzente in China, in den sogenannten Tigerländern oder auch zum Beispiel in Indonesien. Das neue, insbesondere wirtschaftlich, aber ebenso auch politisch interessante Asien beginnt erst östlich von Indien. Indien, übrigens auch Pakistan, gerät zunehmend aus dem ersten Blickfeld, weil die Zukunft immer deutlicher vor allem in China und in den sogenannten Tigerstaaten gesehen wird.

Indiens internationale außenpolitische Rolle außerhalb des Subkontinentes hat auf Grund zahlreicher Veränderungen stark an Bedeutung verloren. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fiel Indiens ehemals wichtige Rolle im Ost-West-Konflikt weg. Schon vorher war Indiens Rolle als Sprecher der sogenannten blockfreien Länder bedeutungsloser geworden, weil die Rolle und der Zusammenhalt der Blockfreien schon seit längerem bröckelte. Nachdem es die beiden ideologischen Blöcke nicht mehr gibt, hat Indien auch hier seine zuvor herausgehobene Rolle verloren.

Eine neue internationale außenpolitische Aufgabenstellung Indiens ist nicht in Sicht und wird von Indien erkennbar auch nicht aktiv angestrebt. Indien ist nicht Mitglied des Welticherheitsrates und hält sich bei internationalen Konflikten weitgehend zurück. Eine Führungsrolle für andere Staaten hat Indien nicht neu übernommen.

Die wirtschaftliche Entwicklung Indiens erscheint ebenso nicht so interessant, daß das Ausland hier vorrangig Zukunftsmärkte sähe. Indien ist also in eine gewandete Zeit und Umgebung mit neuer Gewichtung in Asien gekommen, und es ist zu hoffen, daß Indien dies erkannt hat und umsetzen wird. Manche Politiker und manche Diplomaten Indiens im Ausland tun sich dabei sehr schwer. Indien hatte in der Vergangenheit oftmals eine anmaßende und überhebliche Politik im Schatten seiner Nähe zur Sowjetunion geführt. Die Inder waren sich dabei immer sicher, daß sie alles richtig machen. Indien hat seine neue Rolle noch nicht gefunden.

Indien sollte sich auf Grund der Veränderungen zuerst den zahlreichen schweren, verschleppten und ungelösten Problemen des Subkontinents zuwenden. Bei der Frage der neuen Rolle Indiens auf dem Subkontinent ist sowohl die sicherheitspolitische Frage zu stellen, wie auch die wirtschaftspolitische sowie sozial- und gesellschaftspolitische Frage. Zu letzterer gehört allerdings auch das menschenrechtliche Verhalten staatlicher Bereiche gegenüber Minderheiten, Ureinwohnern, Unberührbaren, Frauen und Kindern in Indien.

Deutschland sollte unverändert großes Interesse an Indien zeigen. Die Beziehungen zu Indien sind traditionell sehr gut und sehr eng, und Indien kann in Deutschland einen aufrichtigen und engagierten Freund sehen, auch und gerade, wenn Deutschland in Rüstungs- oder in Menschenrechts-Fragen Stellung bezieht. Deutschlands eigenes Interesse sollte nicht China den Vorzug geben, sondern gleiches Interesse an beiden Ländern haben, vielleicht etwas mehr und intensiver Interesse an Indien zeigen.

Deutschland sollte deshalb auch mit Indien in einen sicherheitspolitischen Dialog treten, der insbesondere die Kaschmir-Frage und die Frage der nuklearen Aufrüstung zum Inhalt haben sollte. Die Länder des indischen Subkontinents sollten gemeinsam auf eine Sicherheitspartnerschaft, ein militärisches Bündnis, hinarbeiten, um gegenseitige militärische Auseinandersetzungen unmöglich zu machen. Dann ließe sich auch das Kaschmir-Problem zum Beispiel durch Selbstbestimmung der Kaschmiri lösen. Der indischen Seite sollten dabei die Vorzüge regionaler Zusammenarbeit auf dem Subkontinent in sicherheits- und wirtschaftspolitischen Fragen vermittelt werden können. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit in SARCC (South Asian Association for Regional Cooperation) sollte zu einer Handelsunion ausgebaut werden.

Deutschland sollte im Dialog mit Indien auch zu Menschenrechts-Fragen Stellung beziehen. Deutschland sollte den demokratischen Weg Indiens unterstützen. Indien hat im Gegensatz zu China wie selbstverständlich und richtig den Weg gewählt: Zuerst Demokratie und damit dann den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau. China hat den Weg gewählt: Erst Wirtschaft und dann (vielleicht) Demokratie. Die Richtigkeit des chinesischen Weges ist fragwürdig.

(-/28. Januar 1994/rs/ks)

DOKUMENTATION

13 Thesen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt

Die Projektgruppe "Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt" der SPD-Bundestagsfraktion (Vorsitzender: Siegfried Vergin MdB) hat sich mit den Ursachen ultrarechter Aktivitäten auseinandergesetzt und Vorschläge zu ihrer Zurückweisung erarbeitet.

1. Es wurde und wird zu wenig getan, um Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt zu bekämpfen. Die rechte Gewalt in unserem Land hat erschreckend zugenommen. 26 Tote, darunter 16 Ausländer, ungezählte Verletzte, mehr als 1.000 An-

- schläge auf Asylbewerberunterkünfte und Wohnungen ausländischer Mitbürger, mehr als 200 Anschläge auf jüdische Einrichtungen, davon 112 gegen jüdische Friedhöfe, und 13 Schändungen von KZ-Gedenkstätten sind die Bilanz des inzwischen teilweise terroristisch agierenden Rechtsextremismus seit Beginn des Jahres 1991. Zwei Drittel der bekannten Täter sind unter 21 Jahre alt.
2. Die rechtsextreme Szene bietet ein facettenreiches Bild: Alte und neue Nazis, Traditionsverbände, manche Burschenschaften und Hochschulgruppen, Verlage, Münz- und Militariahandel, Wehrsportgruppen, terroristische Aktionsgruppen bis hin zu Parteien wie den "Republikanern" oder der "Deutschen Volksunion", "wissenschaftlich-publizistische" Initiativen, Zirkel und Publikationen, mitlaufende Jugendliche und Claqueure, Jugendkulturen wie die der Skinheads.
 3. Bei allen Unterschieden der rechtsextremen Erscheinungsformen gibt es zwei inhaltliche Gemeinsamkeiten. Dies ist zum einen der Angriff auf das Gleichheitsprinzip, das heißt letztendlich die Abkehr von dem Grundsatz der Gleichwertigkeit aller Menschen und den demokratischen Prinzipien. Die zweite Gemeinsamkeit ist eine permanente Bereitschaft zur Gewalt. Das rechte Gewaltpotential entläßt sich gegenüber Gruppen, die als anders, minderwertig, wehrlos dargestellt oder empfunden werden und denen vielfach eine Sündenbockrolle zugeschrieben wird.
 4. Für den Anstieg von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ist ein Bündel von Ursachen verantwortlich. Hauptsächlich zu nennen sind:
 - o die bewußt in Kauf genommene Verarmung großer Bevölkerungsteile in unserem Land;
 - o die Angst vor der Zukunft und die Sorge, in einer sich wandelnden Gesellschaft den Platz zu verlieren;
 - o das Fehlen von Solidarität und Gerechtigkeit;
 - o die verschärften Konkurrenzlagen zwischen Menschen, die bereits in der Schule ihren Anfang nehmen;
 - o die seelisch belastende Vereinzelung vieler Menschen;
 - o das Dulden und das Gewöhnen an Gewalt als Mittel der Konfliktbewältigung sowie als Möglichkeit der Selbstdarstellung;
 - o die gravierenden Mängel im Erziehungswesen und die ungenügende Kenntnis der unterschiedlichen Kulturen in unserem Lande;
 - o die fehlende Möglichkeit einer positiven Identifikation - insbesondere in den neuen Bundesländern;
 - o die ungenügende Aufarbeitung der NS-Vergangenheit.
 5. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt muß kontinuierlich und offensiv von der ganzen Gesellschaft geführt werden, weil ihre Spuren überall in unserem Land zu finden sind.
Weder verharmlosen noch dämonisieren lautet die Devise. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt müssen dort bekämpft werden, wo sie ihre Ursachen finden: in der Mitte der Gesellschaft.
 6. Westdeutscher und ostdeutscher Rechtsextremismus weisen Unterschiede auf.
Die Erfolge der REP, der NPD und der DVU seit Mitte der achtziger Jahre in Westdeutschland zeigen: Die Modernisierungsprozesse der Industriegesellschaft erzeugen wenige Gewinner und viele Verlierer. Ein wesentliches ideologisches Muster, vor allem in der Anhängerschaft der "Republikaner", ist ein ausgeprägter bundesrepublikanischer "Wohlstands-Chauvinismus", der oftmals einhergeht mit Fremdenangst und -feindlichkeit.

Rechtsextremistische Bestrebungen hat es auch in der DDR seit langem gegeben. Der Zusammenbruch des pseudosozialistischen Systems der DDR geht mit einem Verlust an Orientierung und an Werten einher, der zunächst nur oberflächlich durch das Wertesystem der alten Bundesrepublik ersetzt worden ist. Mit der Desorientierung und Destabilisierung des gesellschaftlichen und politischen Normsystems öffnen sich Lücken, in die die extreme Rechte vorstoßen kann.

7. Die Schaffung und Sicherung des inneren Friedens in unserem Land setzt voraus, daß die Güter Arbeit, Ausbildung und Wohnraum ausreichend vorhanden sind und gerecht verteilt werden.
8. Den Vorurteilen, Verdrehungen und Lügen über die Situation und die Rolle ausländischer Menschen in Deutschland ist durch bessere Information zu begegnen. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, daß bei uns auf Dauer lebende Ausländerinnen und Ausländer, die im wesentlichen schon die gleichen Pflichten wie Deutsche haben, auch erleichterten Zugang zu den gleichen Rechten erhalten und von den Deutschen nicht nur zu dulden sondern in die Gemeinschaft aufzunehmen sind.
9. Für Politikerinnen und Politiker gilt: mehr Solidarität und Gerechtigkeit kann nur dann glaubwürdig eingefordert werden, wenn dies im eigenen politischen Handeln glaubhaft sichtbar wird. Verantwortungsvoll reden und handeln ist Teil politischer Vorbildfunktion.
10. Heute wissen wir, wie sehr die Nachkriegshoffnung trög, mit den alten Nazis würde auch rechtsextreme Politik aussterben. Wir wissen auch: der Nationalsozialismus wird zunehmend zur weit entfernten Vergangenheit, erst recht nach dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung: Es gilt, die Erinnerung wach zu halten, historische Differenzen nicht zu verwischen und die Geschichte der beiden Teile Deutschlands zu kennen.
11. Organisations- und Parteiverbote sind, auch wenn sie nicht zur Beseitigung des Rechtsextremismus führen, wichtige Instrumentarien zu seiner Bekämpfung, weil sie die Aktionsmöglichkeiten dieser Organisationen erheblich einschränken. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus muß als politische Prioritäten- und Querschnittsaufgabe angesehen und in dieser Weise in der Bundesverwaltung und den Länderverwaltungen verankert werden. Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt müssen stärker als bisher koordiniert werden. Deshalb sollen sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene Beauftragte eingesetzt werden, die die notwendigen Maßnahmen ressortübergreifend aufeinander abstimmen.
12. Werbung für rassistische und rechtsextremistische Überzeugungen in den Medien ist zu unterbinden. Alle demokratischen Parteien sind aufgefordert, in einer gemeinsamen Initiative gesetzgeberisch tätig zu werden.
13. Die Entschlossenheit von Millionen Menschen, die gegen Gewalt, Antisemitismus, Fremdenhaß und Rechtsextremismus protestieren, und das tägliche Engagement von Menschen in den Initiativen, Wohlfahrtsverbänden, Parteien, Gewerkschaften und Kirchen zeigen, daß die Mehrheit in unserem Land bereit und fähig ist, der braunen Gefahr couragiert und tatkräftig zu begegnen. Wir ermuntern die Bürgerinnen und Bürger, Gemeinsinn zu zeigen und sich zu engagieren.

(-/28. Januar 1994/rs/ks)
